

Politische Analyse zwischen Erwartung und zentralasiatischer Wirklichkeit Ein Plädoyer für offenere Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und internationalen Organisationen

Von Philipp Reichmuth, Bischkek

Zusammenfassung

Die Arbeit von internationalen Organisationen und europäischer Politik und Wirtschaft in Zentralasien erweist sich in der Praxis häufig als komplex und diffizil. Neben der politischen Vielschichtigkeit der Region liegt ein Teil der Schwierigkeit darin, gute Spezialisten und belastbare Analysen zu politischen oder sozialen Fragestellungen in Zentralasien zu finden. Dies hat wiederum seinen Grund in der fehlenden Vertrautheit vieler Spezialisten mit der Region, in der Zersplitterung der Zentralasienforschung auf Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsstandorte, aber auch in methodischen Grenzen wissenschaftlicher Disziplinen. Andererseits kann jede Entscheidung und jedes Handeln in Politik, Wirtschaft und internationaler Zusammenarbeit nur so gut sein wie die Informationen, auf denen sie beruhen. Diesen Herausforderungen kann nur mit einer noch stärkeren interdisziplinären und offenen Vernetzung zwischen Politik, Wissenschaft und Forschung begegnet werden.

Aus deutscher Sicht ist Zentralasien eine geostrategisch zwar bedeutsame, faktisch jedoch nach wie vor periphere Weltregion, zu der regionalspezifisches Fachwissen selten ist. Besonders hiervon betroffen sind Fachwissenschaften wie Politologie und Ökonomie. Institutionen, die sich wissenschaftlich dediziert mit der Politik oder der Wirtschaft der Staaten Zentralasiens auseinandersetzen, existieren in Deutschland kaum. In der Praxis führt dies zu wiederkehrenden Problemen, mit denen sich in Zentralasien tätige westliche Institutionen und Organisationen konfrontiert sehen und die sowohl die Frage des personellen Nachwuchses als auch die Erstellung belastbarer politischer Analysen betreffen.

Herausforderungen in Ausbildung und Forschung

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit zentralasiatischer Politik und Wirtschaft findet zwangsläufig im Kontext anderer Fachdisziplinen oder geographischer Räume statt: Osteuropaforschung, aber auch Orientalistik, Geographie, Sozialanthropologie oder Entwicklungsforschung. Auch dort gilt Zentralasien jedoch häufig als exotisches Randgebiet. Als Ergebnis ist außerhalb des unmittelbaren Forschungsbetriebs oft nicht bekannt, dass es in Deutschland für konkrete Fragen kompetente wissenschaftliche Ansprechpartner gibt und an welchen Institutionen sie arbeiten. Ich habe nach meinem Wechsel aus der Islamwissenschaft in die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort mehrfach erlebt, dass bei der Diskussion entwicklungsrelevanter Fachfragen etwa zum Islam in Zentralasien nicht nur die zu genau diesen Fragen forschenden Wissenschaftler nicht bekannt waren, sondern noch nicht einmal, dass es in Europa überhaupt Forschung über den Islam in Zentralasien gibt.

Zweitens haben junge Zentralasienspezialisten häufig einen schwierigen, nicht geradlinigen Ausbildungsweg vor sich. Während es hier Geographen, Orientalisten und Sozialanthropologen (und grundsätzlich Absolventen von Fächern, für die es Institute mit Zentralasienbezug in der Lehre gibt) leichter haben als Politologen und Ökonomen, wird jedem, der sich als Nachwuchswissenschaftler für Zentralasien interessiert, viel Improvisationstalent abverlangt. Wenige Hochschulen bieten Kurse zu Zentralasien an; Sprachanforderungen sind hoch, zum Teil in selten unterrichteten Regionalsprachen; und studienbegleitende Forschungsaufenthalte in Zentralasien sind schwierig zu organisieren. Für Politologen kommt hinzu, dass sie kaum wissenschaftliche Partnerinstitutionen vor Ort vorfinden, zumal politikwissenschaftliche Forschung in einigen Ländern Zentralasiens grundsätzlich nicht gern gesehen wird. Als Ergebnis arbeiten nicht wenige junge Nachwuchswissenschaftler zu Zentralasien, ohne je einen Fuß dorthin gesetzt zu haben oder eine zentralasiatische Sprache zu kennen (oft nicht einmal Russisch). Die Möglichkeiten für Unternehmen und internationale Organisationen, Spezialisten mit einer Kombination aus Sprachfertigkeiten, Regionalerfahrung und Fachkenntnissen zu rekrutieren, sind dementsprechend ebenfalls begrenzt und setzen die Bereitschaft voraus, bei der Rekrutierung über Disziplinengrenzen hinweg zu denken.

Drittens ist die Qualität politischer Analysen für den mit Zentralasien nicht direkt vertrauten Leser oft schwer einzuschätzen und es gibt wenig redaktionelle Kontrolle. Als Ergebnis werden neben guten auch eine nicht geringe Menge problematischer Arbeiten zu Zentralasien veröffentlicht. Ständig wiederkehrende diffuse Begriffe wie »Seidenstraße« oder »Great Game« suggerieren regionale

Kompetenz, entbehren aber analytischen Werts. Über kaum eine andere Weltregion erscheinen so viele Artikel, die angesichts fehlender Sprachkenntnisse nur auf Sekundär- und Tertiärquellen beruhen, wie über Zentralasien. Wenn es zum Beispiel in einer im März 2011 für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit angefertigten politökonomischen Analyse zu Kirgistan heißt, die von Peking nach Zentralasien gebauten Eisenbahn- und Energietrassen verliefen über kirgisches Staatsgebiet, dann ist offensichtlich, dass einerseits der Autor mit Land und Region kaum vertraut war und andererseits das redaktionelle Korrektiv versagt hat, vermutlich weil auch dort das Fachwissen zur spezifischen Region fehlte. (Die besagten Trassen wünscht sich die kirgisische Regierung zwar sehnlichst herbei, von der Realisierung sind sie aber noch Jahre entfernt. Die tatsächlich existierenden Verbindungen führen nach Kasachstan.) Im Ergebnis hatten politisch angelegte Arbeiten und Analysen zu Zentralasien unter Orientalisten, Sozialanthropologen oder Historikern eine Zeitlang fast schon grundsätzlich den Ruf einer gewissen Oberflächlichkeit, auch wenn dies sicher nicht in jedem konkreten Fall angebracht war und es im Gegenzug auch nicht automatisch eine Qualitätsgarantie ist, wenn ein Autor studierter Historiker oder Sozialanthropologe ist.

Viertens gibt es bei vielen analytischen Arbeiten ein grundsätzliches Problem der methodischen Tiefe und der Nähe zur Zielgruppe. Immer wieder erscheinen politökonomische Analysen, zu Zentralasien wie zu anderen Weltregionen, die rein kompilatorischen Charakter haben oder, wenn sie methodisch stärker unterfüttert sind, mit indikatorbasierten, abstrakten Methoden aus der Distanz arbeiten – typischerweise klassische indikatorbasierte politische Analysen, Failed States Index (FSI), Corruption Perception Index (CPI), Human Development Index (HDI), unterfüttert durch Vergleiche politökonomischer Rahmendaten wie Pro-Kopf-BIP, Alphabetisierungsrate oder Medienzugang sowie allgemeine Aussagen über politische Systeme. Bei einer Weltregion mit nicht verlässlicher Datenlage wie Zentralasien ist deren Aussagewert natürlich problematisch, was in den Fällen noch erschwert wird, wo der jeweilige Autor darüber hinaus mit der Region offensichtlich nicht vertraut ist und sich die tatsächliche Auseinandersetzung mit Land und Leuten auf kompilatorische Informationszusammenstellungen zur jüngeren Geschichte aus englischsprachigen Medien beschränkt.

Analytische Distanz und ihre Grenzen

Spätestens der »Arabische Frühling« hat die Grenzen einer solchen Distanzanalyse beispielhaft aufgezeigt. Im Westen, auch in Deutschland, gibt es eine lange Tradition politischer Analyse der arabischen Welt, die zum

großen Teil methodisch ähnlich angelegt ist, wie die oben kritisierten: Analysen politischer Systeme, unterfüttert durch Verweise auf die Zeitgeschichte, Vergleiche von Makroindikatoren wie FSI, CPI oder HDI und abstrakte theoretische Modelle. Der »Arabische Frühling« wurde so nicht vorausgesehen und traf auf eine unvorbereitete Beobachergemeinde, die solches weithin für unwahrscheinlich bis unmöglich gehalten hatte. Dementsprechend wurde die Arbeit der Politologie zur arabischen Welt recht schnell zum Gegenstand einer Reihe teils sehr kritischer Einschätzungen in der Presse, von der FAZ bis zur einflussreichen amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy*.

Ein Kernkritikpunkt war dabei die Divergenz zwischen der Analyse politökonomischer Systeme auf Grundlage hochaggrierter Indikatoren und theoretischer Konstrukte einerseits und der Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen andererseits. In der Tat waren makroökonomische Indikatoren etwa für Ägypten aufgrund der Wirtschaftspolitik der Mubarak-Regierung durchaus positiv. Die Schattenseiten der ägyptischen Kombination neoliberaler Wirtschaftspolitik mit einem autoritären, Partizipation unterdrückenden politischen System, die weite Teile der Bevölkerung über Jahrzehnte in ein Gefühl von Frustration und Perspektivlosigkeit hatte abgleiten lassen, werden dagegen in Indizes kaum abgebildet und fanden dementsprechend kaum Eingang in politische Analysen. Während Politologen sich auf die Untersuchung des Handelns politischer Akteure konzentrierten, waren es gleichzeitig aber gerade letztere Faktoren, die die Menschen in die Verzweiflung und anschließend auf die Straße trieben. Im Übrigen ähnelt dieses Muster der Diskrepanz zwischen Indikatoren und Lebensrealität in Teilen durchaus der kirgisischen April-Revolution 2010, die westliche Politikwissenschaftler ebenfalls völlig überraschend antraf.

Dabei war das Wissen darum, dass in weiten Teilen der Bevölkerung der arabischen Welt tiefgreifende Frustration herrschte, in der westlichen Wissenschaft durchaus vorhanden, allerdings in anderen Fachdisziplinen. So hatten etwa Sozialanthropologen seit Jahren eindrucksvoll auf wachsende Verzweiflung in der ägyptischen Bevölkerung hingewiesen und waren dementsprechend von der Revolution deutlich weniger überrascht. Was die sozialanthropologische Sicht auf die Ägypter von der Sicht des Analytikers auf das ägyptische System unterscheidet und den hier erheblich größeren Aussagewert der ersteren ausmacht, ist zum einen die größere Zielgruppennähe durch die langen Zeiträume, die ein Sozialanthropologe gemeinsam mit der Bevölkerung verbringt, zum anderen die methodologische Kapazität und Bereitschaft, »weiche« Faktoren in die

Untersuchung einzubeziehen, die auf Systemebene aus der Ferne kaum untersuchbar sind.

»Weiche Faktoren« als Betrachtungsgegenstände

Nun wäre es wenig zielführend, politische Analysen nachträglich dem Pauschalvorwurf zu unterziehen, den »Arabischen Frühling« nicht vorhergesagt zu haben. Wenn man allerdings weiß, woran sie dabei unter anderem scheiterten, nämlich auch an fehlender Nähe zu den Menschen und unzureichender Betrachtung »weicher« Faktoren, sollte konsequenterweise ein Umsteuern einsetzen. Genauer Zeitpunkt und Auslöser von Revolutionen sind selten vorhersagbar – niemand hätte die Selbstverbrennung eines tunesischen Gemüsehändlers konkret vorhersehen können. Die Grundstimmung in der Bevölkerung, die dazu führt, dass ein Einzelereignis Auslöser einer Revolution werden kann, ist der Beobachtung hingegen zugänglich, allerdings eben in Form ebensolcher »weicher« Faktoren, nicht immer jedoch in makroökonomischen Indikatoren.

Übertragen auf politische Analysen zu Zentralasien heißt das, dass man eben diese »weichen« Faktoren stärker in den Blick nehmen muss. Im Hinblick auf Systemstabilität könnte man hier, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgende Beobachtungen nennen:

Zu Usbekistan wäre zu erwähnen, dass es der Regierung unter Verweis auf externe Beispiele wie den tadschikischen Bürgerkrieg, die Bedrohung durch Islamisten oder die blutigen Unruhen in Südkirgistan im Juni 2010 gelungen ist, sich als Garant des Friedens zu inszenieren, während gleichzeitig ein teils ans Xenophobische grenzender Alltagsnationalismus bedient wird. Hierüber verraten, überspitzt gesagt, Gespräche in Taschkenter Minibussen mehr, als es aus der Erwartungshaltung westlicher Forscher und aus der Distanz verfasste Analysen des politischen Systems je könnten. Viele Usbeken schätzen ihren Präsidenten Islam Karimow zwar nicht, halten ihm aber den Umstand zugute, dass im Land Stabilität herrscht. Gewaltereignisse wie in Andischan 2005 werden dabei ausgeblendet oder für sie wird eine Rechtfertigung gesucht. Für das usbekische Regime geht davon eine entscheidende stabilisierende Wirkung aus.

Für Tadschikistan wäre das Spannungsfeld zwischen religiösen Konfliktlinien und individuellen Lebensmodellen der Menschen zu nennen – beispielsweise das zunehmende Bedrohungsgefühl bei den ismailitischen Pamiris, aber auch auf sunnitischer Seite ein sich zunehmend gerade unter jungen Männern verbreitender Islamismus, hinter dem bekanntlich nicht nur Arbeitslosigkeit, Repressionen und antiislamische Rhetorik der Regierung stecken, sondern auch konkrete persönliche Wünsche nach alternativen Lebensmodellen. Ein Habi-

tus sichtbar praktizierter islamistischer Glaubensstrenge erscheint als Möglichkeit, als sunnitischer junger Mann gerade aus der Erfahrung gesellschaftlicher Marginalisierung heraus eine moralische Autorität zu erwerben, die man ansonsten in zentralasiatischen Gesellschaften erst in hohem Alter erreicht. Die Erfahrung des persönlichen Autoritätsgewinns und -verlusts ist bei ehemaligen Kämpfern aus dem Bürgerkrieg sehr lebendig und lässt diese biographische Sehnsucht in einem verarmten Land zu einem höchst problematischen Szenario werden.

Zu Kirgistan wäre zu erwähnen, dass das politische Leben im Moment stärker denn je von Auseinandersetzungen zwischen wenig transparenten informellen Solidaritätsgruppen geprägt ist. Es finden täglich Protestdemonstrationen statt, bei denen aber häufig lediglich Familien- und Solidaritätsnetzwerke einzelner Personen mobilisiert werden, um gegen deren unmittelbare Gegner zu protestieren. In der kirgisischen Presse wird das seit einiger Zeit als »Ketsinismus« bezeichnet, nach dem wiederkehrenden kirgisischen Slogan »XY ketsin!«, (»XY, verschwinde!«). Das Unbehagen, mit dem die Präsidentschaftswahl am 30. Oktober erwartet wird, hat viel damit zu tun, dass niemand so recht einschätzen kann, was für ein Mobilisierungs- und Destabilisierungspotential von den Solidaritätsnetzwerken unterlegener Kandidaten zu erwarten ist. Gleichzeitig herrschen in der Bevölkerung allerdings auch weitreichende Revolutionsmüdigkeit und ein verbreitetes Gefühl, das Land würde eine dritte Revolution nach 2005 und 2010 nicht verkraften.

Der Analytiker und die Menschen vor Ort

Nach wie vor hört man inner- wie außerhalb des Wissenschaftsbetriebs bisweilen noch die Meinung, dass gerade die Distanz des Analytikers den Wert der Analyse ausmache. Auf die Spitze getrieben würde dies bedeuten, die Arbeit aus der Distanz unter Rückgriff auf Sekundärmaterialien und hochaggregierte Indikatoren sowie die Beschränkung der Interaktion mit der Zielgruppe auf den Einsatz von mit den eigenen Wertvorstellungen und Erwartungshaltungen vertrauten Mittlern und sprachlichen wie kulturellen Übersetzern sei die einzig mögliche Art, zu sauberen, gewissermaßen »unkontaminierten« Ergebnissen zu gelangen. Derartige Ansichten werden aber zum Glück immer seltener, denn dass es leicht gerade die Arbeit innerhalb des eigenen Methoden- und Erwartungsrahmens sein kann, die im Zweifelsfall den Blick auf die tatsächliche Lebenswelt der Menschen vor Ort versperrt, sollte spätestens seit dem »Arabischen Frühling« offensichtlich sein.

Es dürfte klar geworden sein, dass die Berücksichtigung der »weichen« Faktoren und der menschlichen Alltagsdimensionen essentiell ist, erwartet man

von politischen Analysen Qualität und Aussagekraft. Die Herstellung von Zielgruppennähe in diesem Sinne ist natürlich prinzipiell nicht einfach und setzt auch vor Ort Vertrautheit mit der Region voraus. Dies gilt schon für den Zugang zu Informationen. So schrieb etwa »Max Stiller« (Pseudonym) im sehr lesenswerten Artikel zur Korruption in Zentralasien in den Zentralasien-Analysen 40 unter anderem, dass westliche Diplomaten vertraulich über in den Hauptstädten kursierende »Preislisten« für öffentliche Ämter berichten. Aus seiner persönlichen Erfahrung dürfte ihm völlig klar gewesen sein, dass es sich dabei keineswegs um vertrauliche Informationen handelt, sondern um mehr oder weniger öffentliches Wissen, das man ungefragt von jedem Taxifahrer hören kann, wenn man sich eine Woche in Taschkent oder Bischkek aufhält. Die Verlässlichkeit solcher Informationen mag im Einzelfall zweifelhaft sein, das gilt aber für die Quellen westlicher Diplomaten ebenso. Man würde sich daher wünschen, dass in Zukunft solche Informationen nicht nur, wenn überhaupt, auf dem Umweg über einige wenige Spezialisten mit Regionalerfahrung sowie westliche Diplomaten den Weg nach Europa finden. Die Politik, internationale Organisationen eingeschlossen, ebenso wie die mit politischer Analyse befasste Wissenschaft sind hier gefragt, gerade solche Spezialisten in der Region einzusetzen, die durch regionalspezifisches Wissen und Sprachkenntnisse in der Lage sind, Informationen, Meinungen und Stimmungsbilder vor Ort qualifiziert aufzunehmen und einzuschätzen. Angesichts der beschriebenen nach wie vor nicht einfachen institutionellen Aufstellung der Forschung und Ausbildung zu Zentralasien in Deutschland und Europa setzt dies jedoch, wie gesagt, die prinzipielle Bereitschaft voraus, über Disziplin-, Fach- und Institutionengrenzen hinwegzudenken.

Fazit

Zusammenfassend scheint mir, dass es, was die Verfügbarkeit und Nutzung von Fachexpertise zu Zentralasien und die Qualität von Analysen und Studien anbelangt,

nicht unbedingt ein Wissens-, wohl aber ein Nutzungs- und Vernetzungsproblem gibt. Der Schlüssel für ein ausgewogenes Maß zwischen Zielgruppennähe, Sachkenntnis, nutzungsgerechtem Methoden- und Sprachgebrauch und einem hohen Informationsniveau bei der Arbeit zu Zentralasien als peripherer Region scheint vor allem ein stärker interdisziplinäres Arbeiten und ein gezieltes Hinzuziehen von nicht-politologischem Fachwissen gerade in politökonomischen Nutzungskontexten zu sein. Die SWP hat dies mit der Hinzuziehung weiterer anthropologischer Fachexpertise für ihre kürzlich erschienene Studie zu Kirgistan nach der Krise vorgenommen. Je nach Fragestellung wäre es durchaus sinnvoll, neben den üblichen Ansprechpartnern wie der SWP und dem GIGA-Institut in Zukunft auch verstärkt und gezielt Spezialisten etwa des Zentrums Moderner Orient oder der bestehenden Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Zentralasien-schwerpunkten anzufragen und den Dialog bis hin zur Einbindung in Analysen und Planungsprozesse suchen. Besonders wichtig erscheint mir dies zwangsläufig bei der Arbeit in Bereichen wie der Zivilgesellschaft, der interreligiösen und interethnischen Verständigung und der Konfliktbewältigung. Vor dem Hintergrund von Erfahrungen in Kirgistan, wo es trotz jahrelangen intensiven Engagements internationaler Organisationen 2010 im Ferganatal zur Katastrophe kam und die Lage nach wie vor von interethnischem Misstrauen in der Bevölkerung vor Ort und einer wenig integrativ wirkenden Politik der kirgisischen Regierung geprägt bleibt, sollte eine verstärkte Einbindung regional- und landesspezifischer Expertise in diesen Bereichen zum Kernbestandteil der Lessons Learnt gehören. Ähnliches gilt für die Arbeit zu Themen wie Islam oder Jugend in Zentralasien, zu denen im deutschsprachigen Raum eine reiche, fachlich und regional ausdifferenzierte wissenschaftliche Fachexpertise existiert. In dem Maße, wie diese Themen zunehmend Bedeutung für die politische und die Entwicklungszusammenarbeit in der Region erlangen, sind Entscheidungsträger gefragt, diese Expertise gezielt zu suchen und einzubinden.

Über den Autor:

Philipp Reichmuth ist promovierter Islamwissenschaftler, der mehrere Jahre lang in und über Zentralasien geforscht hat. Seit 2010 ist er für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Regionalbüro Zentralasien tätig.

Die in diesem Artikel ausgedrückten Inhalte spiegeln nicht notwendigerweise die Unternehmensposition der GIZ wider.